in: Gilberto Calcagnotto / Detlef Nolte (Hrsg.): Südamerika zwischen US-Amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch. Konkurrenz und Kongruenz der Integrationsprozesse in den Amerikas. Frankfurt am Main: 2002, 170-184.

Peter Birle

Zwischen Mercosur und ALCA: Die Position Argentiniens gegenüber Brasilien und der gesamtamerikanischen Freihandelszone

Der vierte „Gipfel der Amerikas" nach Miami (1994), Santiago de Chile (1998) und Quebec (2001) wird im Jahr 2003 in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires stattfinden. Für die argentinischen Medien war dies – neben der durch US-Präsident George W. Bush in Aussicht gestellten Hilfe für die krisengeschüttelte Wirtschaft des Landes – das herausragende Ergebnis des Gipfeltreffens der 34 nord- und südamerikanischen Staats- und Regierungschefs im kanadischen Quebec im April 2001. Wichtigstes Thema des Gipfels war die Errichtung einer „Freihandelszone der Amerikas" (ALCA), der neben den bisherigen NAFTA-Mitgliedern USA, Kanada und Mexiko alle (demokratisch regierten) lateinamerikanischen Länder angehören sollen. In Argentinien steht man diesem Projekt, dessen vertragliche Grundlagen bis zum Jahr 2005 erarbeitet werden sollen, mit gemischten Gefühlen gegenüber. Ein großer Teil der Bevölkerung hat bislang kaum eine Vorstellung davon, was sich überhaupt hinter dem Kürzel ALCA verbirgt. Die Gewerkschaften äußern sich zunehmend kritischer, und auch viele Unternehmer fürchten mögliche negative Konsequenzen des Freihandels. Selbst innerhalb der Regierung von Präsident Fernando de la Rúa gibt es keine einheitliche Haltung gegenüber dem ALCA-Prozess. Während die einen das Verhältnis zum Nachbarland Brasilien und die Zusammenarbeit im Rahmen des Mercosur weiter ausbauen wollen, plädieren andere für eine schnelle Verwirklichung der ALCA und besondere Beziehungen zu den USA.

Der folgende Beitrag beschreibt zunächst, wie sich das traditionell durch Rivalitäten geprägte Verhältnis zwischen Argentinien und Brasilien seit den 80er-Jahren entwickelt hat. Im zweiten Abschnitt geht es um strategische Divergenzen, die trotz einer verstärkten Zusammenarbeit und trotz der in vielen Bereichen vollzogenen Annäherung zwischen den beiden Ländern weiterhin existieren. Im dritten Abschnitt werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der argentinischen und der brasilianischen Position gegenüber ALCA und Mercosur herausgearbeitet, bevor abschließend ein Blick auf mögliche Perspektiven der bilateralen und subregionalen Zusammenarbeit erfolgt.

1. Von den traditionellen Rivalitäten zur Zusammenarbeit im Rahmen des Mercosur

Das Verhältnis zwischen Argentinien und Brasilien war viele Jahre lang von wechselseitiger Rivalität um die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung im *Cono Sur* geprägt. Das „Gleichgewicht der Feindschaften" (Massot 1995) zwischen den beiden Ländern bezog sich allerdings, anders als beispielsweise das Verhältnis Argentinien-Chile, nie auf Grenzstreitigkeiten. Die bis Anfang der achtziger Jahre dominierenden Konfliktperzeptionen im bilateralen Verhältnis waren nicht zuletzt auf das Vorherrschen geo- und machtpolitisch inspirierter außenpolitischer Konzeptionen zurückzuführen. Aber auch die vorherrschenden Entwicklungsstrategien (zunächst Primärgüterexport, später importsubstituierende Industrialisierung) trugen zur Distanzierung oder zumindest zum Desinteresse der beiden Nachbarn aneinander bei (Bernal Meza 1999: 144f.).

Zu einem Wandel der wechselseitigen Wahrnehmung, Entspannung im bilateralen Verhältnis und einem Ausbau der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern kam es ab Anfang der 80er Jahre. Die Rückkehr zur Demokratie in Argentinien (1983) und ab Mitte des Jahrzehnts in Brasilien war eine zentrale Ursache dieser Entwicklungen. Neben dem Faktor Regimetyp spielten aber auch andere Aspekte eine Rolle: Die Haltung des lateinamerikanischen Nachbarn im Falkland/Malvinas-Konflikt mit Großbritannien (1982) bestärkte die argentinischen Politiker in ihrem Glauben an die oft beschworenen – aber in der Vergangenheit nur selten realisierten – „solidarischen Prinzipien der lateinamerikanischen Integration". Mit der Demokratisierung gelangte eine neue Generation von Politikern und außenpolitischen Beratern an die Macht, deren Ansichten stärker von kooperativen als von konfliktiven Elementen geprägt waren. Auch die schrittweise Überwindung von geopolitischen Ansätzen im Rahmen der lateinamerikanischen wissenschaftlichen Diskussion über die internationalen Beziehungen und die Hinwendung zu komplexeren, integrativeren Ansätzen wirkte sich positiv aus (Bernal Meza 1999: 146f.).

Bereits in der Endphase der Diktaturen wurden nach Staatsbesuchen der Präsidenten Figueiredo und Videla im jeweiligen Nachbarland mehrere bilaterale Abkommen über nukleare und wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit unterzeichnet. Die langfristige Perspektive einer bilateralen Kooperation mit dem Fernziel Integration wurde erstmals mit der „Erklärung von Iguazú" im Jahr 1985 deutlich. Auf sie folgte am 27.7.1986 die *Acta para la Integración Argentino-Brasileña* und damit der Startschuss für das *Programa de Integración y Cooperación Argentina-Brasil* (PICAB), einer Vereinbarung zur Liberalisierung

des bilateralen Handels durch Zollsenkungen und Zollpräferenzen. Im Dezember 1986 wurde die *Acta de Amistad Argentina-Brasileña, Democracia, Paz y Desarrollo* unterzeichnet. Die genannten Protokolle umfassten ein breites Spektrum von Kooperationsfeldern, unter anderem eine grundlegende Neugestaltung der Nuklearpolitik beider Länder und der wechselseitigen Information/Zusammenarbeit in diesem Bereich. Die Konkretisierung der Handelsliberalisierung erfolgte durch 24 Sektorprotokolle. Dieses schrittweise Vorgehen sollte in beiden Ländern eine Rückkopplung an die politischen Entscheidungsprozesse garantieren und dem Prozess genügend Flexibilität verleihen. Bis 1990 galt ein Ausgleichsmechanismus, der automatisch für einen beschleunigten asymmetrischen Zollabbau in einem Land sorgte, sobald die bilaterale Handelsbilanz des jeweils anderen Landes ein Defizit von mehr als acht Prozent aufwies (Barrios 1999: 252ff.).

Anlässlich eines Besuches des brasilianischen Präsidenten Collor de Mello in Buenos Aires im Juli 1990 kündigten die Regierungen Argentiniens und Brasiliens die Bildung einer Wirtschaftsgemeinschaft an. Wenig später erfolgte die Einladung an Uruguay und Paraguay, sich an dem Projekt zu beteiligen, und mit dem Vertrag von Asunción im März 1991 wurde der Grundstein für den Mercosur gelegt. Der bilaterale Handel zwischen Argentinien und Brasilien nahm – nicht nur, aber auch aufgrund der wechselseitigen Zollsenkungen im Rahmen des Mercosur-Prozesses – in den 90er Jahren um das Siebenfache zu. Argentinien avancierte zum zweitwichtigsten Abnehmer brasilianischer Exporte, Brasilien wurde zum wichtigsten Exportmarkt für Argentinien. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts rangierte Argentinien unter den brasilianischen Erdöllieferanten an erster Stelle. Das staatliche brasilianische Erdölunternehmen Petrobras akzeptierte nach langjährigem Widerstand die Lieferung von argentinischem Naturgas in den Süden Brasiliens. Die argentinischen Exporte nach Brasilien nahmen im Zeitraum 1991-1999 um 280% zu, die Gesamtexporte nur um 93%. In die USA wurden im gleichen Zeitraum 111% mehr Waren exportiert, in die EU nur ca. 20% mehr. Damit entwickelte sich der brasilianische Markt zum mit Abstand dynamischsten Wachstumsmarkt für die argentinischen Exporteure. Knapp ein Drittel der argentinischen Exporte gelangte seit Mitte der 90er-Jahre nach Brasilien. Auch im Hinblick auf die Zusammensetzung der Exporte war der brasilianische Markt für Argentinien attraktiv, denn etwa die Hälfte der Exporte entfiel auf Industrieprodukte. Der Industriegüteranteil an den Gesamtexporten lag dagegen nur bei ca. 30%. Zudem konnte Argentinien im Handel mit den Mercosur-Partnern und vor allem mit Brasilien in den vergangenen Jahren stets Überschüsse erzielen. Auch in diesem Punkt unterscheidet sich das Mercosur-Geschäft von den defizitären Handelsbeziehungen mit den USA und der Europäischen Union (Centro de Economía Internacional 1999).

Neben dem Handel konnte die Zusammenarbeit zwischen Argentinien und Brasilien im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte auch in anderen Bereichen ausgebaut und vertieft werden, etwa bei Wissenschaft, Kultur und Erziehung.

Zwar lehnte die brasilianische Seite eine kooperative Sicherheitspolitik, mit der man in Argentinien geliebäugelt hatte, ab, aber zumindest im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen kam es zu wichtigen Fortschritten. Mit der Rio-Deklaration von 1997 erhoben beide Länder den Status ihrer Beziehungen zur „strategischen Allianz".

2. Die Fortdauer strategischer Divergenzen

Trotz der Ausweitung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen, der Überwindung der traditionellen militärischen Konflikthypothesen und der Zunahme des wechselseitigen Vertrauens existieren weiterhin Reste des einstmaligen Rivalitäts- und Spannungsverhältnisses zwischen Argentinien und Brasilien. Dies hängt nicht zuletzt mit unterschiedlichen Sichtweisen des internationalen Systems und der jeweiligen Wahrnehmung der eigenen Rolle in diesem Rahmen zusammen.

Als Präsident Carlos Menem 1989 in Argentinien die Regierungsgeschäfte übernahm, leitete er nicht nur eine grundlegende entwicklungsstrategische Wende, sondern auch eine partielle außenpolitische Neuorientierung ein. Aus der Perspektive der außenpolitischen Berater und Entscheidungsträger im Argentinien der Ära Menem galt es, sich an die neuen Regeln der Weltwirtschaft und –politik nach dem Ende des Kalten Krieges anzupassen. Der wichtigste außenpolitische Berater der Regierung Menem, Carlos Escudé, umschrieb die Neuorientierung mit dem Begriff „peripherer Realismus" (*realismo periférico*). Außenpolitik müsse ebenso wie andere Politikbereiche Kosten-Nutzen-Überlegungen folgen und sei explizit als Funktion der internen Strukturanpassung zu verstehen. Alle externen Konflikte, die nicht direkt mit argentinischen Interessen zusammenhingen, seien zu vermeiden (Escudé 1995).

Zur Neuausrichtung der argentinischen Außenpolitik gehörte vor allem die Anerkennung der regionalen und globalen Führungsrolle der USA. Da die Vereinigten Staaten der wichtigste externe Faktor für die Außenpolitik der lateinamerikanischen Staaten seien, liege die Pflege guter Beziehungen mit dieser Macht im ureigensten Interesse Argentiniens. Jede Herausforderung des amerikanischen Führungsanspruchs, die nicht direkt mit der Entwicklung Argentiniens in Verbindung stehe, sei kontraproduktiv. Die Regierung Menem bemühte sich darum, das traditionell spannungsbeladene Verhältnis zu den USA auf eine neue – kooperative – Grundlage zu stellen und eine explizite Allianz mit den Vereinigten Staaten herzustellen, denn dies war in ihren Augen die beste strategische Option zur Wiedergewinnung internationaler Glaubwürdigkeit und innenpolitischer Stabilität. Unter Menem trat Argentinien aus der Bewegung der Blockfreien aus, es passte sein Abstimmungsverhalten in internationalen Organisationen an das der USA an und brüskierte damit wiederholt die lateinamerikanischen Nachbarländer. Es legte eine offensiv-kritische Haltung gegenüber Kuba an den Tag und entsandte während des Golfkrieges ein Kriegsschiff in den

Persischen Golf. Der damalige argentinische Außenminister Guido di Tella sprach mit Blick auf die Beziehungen zu den USA einmal von *relaciones carnales* – der Begriff spricht für sich selbst. Dabei betrachtete die Regierung Menem den expliziten Schulterschluss mit den USA und die aktive Teilnahme am Mercosur-Prozess nicht als widersprüchlich, sondern als komplementär.

Die brasilianische Regierung machte sich nie eine ähnlich auf Konfliktvermeidung um – fast – jeden Preis abzielende Haltung gegenüber den USA zu eigen wie Argentinien. Ihre Außenpolitik war und ist sowohl in politischer als auch in sicherheitspolitischer Hinsicht weitaus stärker auf Autonomie bedacht. Prinzipien wie Selbstbestimmung und Nicht-Intervention wurden auch in den 90er-Jahren in Brasília deutlicher betont als in Buenos Aires; entsprechend skeptisch betrachtete man in Brasilien die US-Politik der Regierung Menem. Als die Regierung Clinton die argentinische Gefolgschaftstreue mit dem Status eines „Verbündeten außerhalb der NATO" belohnte, sah die brasilianische Regierung darin einen Versuch der USA, ihren Einfluss im *Cono Sur* zu vergrößern und einen Keil zwischen die Mercosur-Mitglieder zu treiben. Brasilien reagierte mit dem Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Dies wiederum lehnte die argentinische Seite ab und schlug als Alternative einen permanenten Sitz für Lateinamerika mit rotierender Besetzung vor.

Die seit Ende 1999 amtierende argentinische Regierung von Präsident De la Rúa mit Außenminister Rodríguez Giavarini setzte im außenpolitischen Bereich auf Kontinuität, sie vertrat den Schulterschluss mit den USA allerdings nicht mehr mit dem gleichen öffentlichen Nachdruck wie die Regierung Menem. Innerhalb des Regierungsbündnisses der „Allianz für Arbeit, Gerechtigkeit und Erziehung" (*Alianza por el Trabajo, la Justicia y la Educación*) aus UCR (*Unión Cívica Radical*; Radikale Bürgerunion) und Frepaso (*Frente País Solidario*; Front für ein solidarisches Land) wurden auch Stimmen laut, die eine kritischere Haltung gegenüber den USA und mehr außenpolitische Koordination mit den südamerikanischen Nachbarländern forderten, beispielsweise im Hinblick auf die Kubapolitik. Unter Menem schlug Argentinien einen betont kritischen Kurs gegenüber Kuba ein. Bei den jährlichen Abstimmungen vor dem Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen in Genf stimmte die peronistische Regierung regelmäßig mit den USA gegen Kuba – anders als Brasilien und die meisten anderen lateinamerikanischen Länder, die sich in dieser Frage traditionell enthielten. Auch die Regierung De la Rúa votierte in den Jahren 2000 und 2001 gegen Kuba, was vor allem im ersten Regierungsjahr zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des Regierungsbündnisses führte.

Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass sich die politischen Beziehungen zwischen Argentinien und Brasilien in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich verbessert haben und gegenwärtig frei von größeren Belastungen sind. Die bilaterale Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Politikfeldern wurde deutlich ausgebaut. Unterschiedlich entwickelt haben sich die Visionen beider Länder hinsichtlich ihrer jeweiligen Einbindung in das internationale System. Während

Brasilien mit dem Anspruch auftritt, als südamerikanische Regionalmacht einen wachsenden Beitrag zur Gestaltung seiner regionalen und internationalen Umwelt zu leisten, schlug Argentinien während der Präsidentschaft von Carlos Menem einen außenpolitischen Kurs ein, der sich explizit auf die Verfolgung nationaler Interessen beschränkt und ansonsten um Konfliktvermeidung bemüht ist. Ein weiterer Unterschied zwischen beiden Ländern betrifft die Wahrnehmung der USA und die Haltung gegenüber der US-Politik. Während Brasilien auf die Bewahrung nationaler Autonomie Wert legt und zur offenen Formulierung eigener, auch mit denen der USA konfligierender Interessen bereit ist, sucht ein großer Teil des außenpolitischen Establishments in Argentinien unter Präsident De la Rúa weiterhin die Nähe zu den USA und ist darum bemüht, auch bei Interessendivergenzen so diskret wie möglich gegenüber Washington aufzutreten.

3. Zwischen Mercosur und ALCA

Die Beziehungen zwischen Argentinien und Brasilien wurden seit der Gründung des Mercosur stark durch den jeweiligen Zustand des Integrationsprozesses geprägt. Nach erfolgreichen ersten Jahren machte sich innerhalb des Bündnisses in der zweiten Hälfte der 90er Jahre Krisenstimmung breit. Seit der starken Abwertung der brasilianischen Landeswährung Real zu Beginn des Jahres 1999 nahmen die Probleme weiter zu, ein Handelskonflikt jagte den anderen. Trotz der aus argentinischer Perspektive positiven Handelsbilanz mit Brasilien protestierten einzelne Sektoren der argentinischen Wirtschaft wiederholt, weil sie sich der Last des Wettbewerbs nicht gewachsen sahen oder Eintrittsbarrieren von Seiten des brasilianischen Marktes anprangerten. Mal ging es um Schuhe, ein anderes Mal um Zucker, Papier, Textilien oder Milch. Auf Grund des Fehlens funktionierender Streitschlichtungsmechanismen mussten sich die politischen Führungen der beiden Länder immer wieder persönlich um die Beilegung der Streitfälle bemühen. Solange der politische Wille zur Fortführung des Integrationsprozesses vorhanden war, gelang dies auch. Aber je mehr sich die Krisen innerhalb des Mercosur häuften, desto deutlicher wurde auch, dass die wechselseitige Eliminierung der Zölle in der ersten Hälfte der 90er Jahre zwar ein erfolgreiches Instrument zur Steigerung des regionalen Handels war, aber mit Integration nur ansatzweise etwas zu tun hatte. Die Integrationsdefizite – vor allem das Fehlen von Gemeinschaftsinstitutionen mit angemessenen Kompetenzen und die Stagnation hinsichtlich der Harmonisierung von Sektorpolitiken sowie bei der Vereinheitlichung der wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern – wurden um so gravierender, je mehr der politische Enthusiasmus für den Mercosur nachließ. Alle vier Mitgliedsländer zeigten in den vergangenen Jahren wachsende Bereitschaft, gegen Geist und Buchstaben der vertraglich eingegangenen Verpflichtungen zu verstoßen, wenn sie sich dadurch Vorteile für die eigene Position erhofften.

Die Allianz-Regierung versprach in ihrem Wahlprogramm *El Gran Cambio* (www.ipa.org.ar/nuevo/plataforma.htm) eine Vertiefung des Integrationsprozesses im Rahmen des Mercosur. Dieser sei nicht nur ein Sprungbrett zum Weltmarkt, sondern eine wahrhafte Gemeinschaft von Nationen, die ihr Schicksal gemeinsam in die Hand nehmen wollten. Der Mercosur müsse weiter konsolidiert und schrittweise um andere Länder erweitert werden. Dabei gehe es nicht um einen simplen Markt, sondern um eine südamerikanische Gemeinschaft mit gemeinsamen Gesetzen und Institutionen. Besonderes Augenmerk wollte die Allianz-Regierung der Harmonisierung der Steuer-, Geld- und Wechselkurspolitiken innerhalb des Mercosur widmen.

Kaum etwas von diesen Plänen konnte in den ersten beiden Regierungsjahren verwirklicht werden, auch wenn Präsident De la Rúa und Außenminister Rodríguez Giavarini in offiziellen Stellungnahmen regelmäßig auf die Bedeutung des Mercosur für Argentinien hinwiesen, sich um ein gutes Verhältnis zum wichtigsten Mercosur-Partner Brasilien bemühten und dafür plädierten, nicht so sehr die unterschiedlichen taktischen Vorgehensweisen der Mercosur-Partner zu betonen, sondern stärker auf die tiefgreifenden strategischen Gemeinsamkeiten hinzuweisen und die politische, strategische, kulturelle, wirtschaftliche und handelspolitische Integration im Rahmen des Mercosur zu vertiefen (*Clarín*, 6.12. 2000).

Nicht alle Mitglieder des Kabinetts teilten diese Position. Bereits der erste Wirtschaftsminister der Allianz-Regierung, José Luis Machinea, galt nicht unbedingt als Freund des Mercosur. Machinea wollte Brasilien dazu zwingen, die Zölle stärker zu senken. Der durchschnittliche Außenzoll des Mercosur von gegenwärtig ca. 14% müsse deutlich gesenkt werden, innerhalb der kommenden drei Jahre auf höchstens 10%. Machineas nur zwei Wochen amtierender Nachfolger Ricardo López Murphy warnte davor, sich allzu sehr von Brasilien vereinnahmen zu lassen und dessen Strategie einer Vertiefung und Erweiterung des Mercosur bedingungslos zu folgen. Noch kritischer wurde die Position des Wirtschaftsministeriums gegenüber dem Mercosur ab März 2001 mit der erneuten Übernahme dieses Amtes durch Domingo Cavallo, der das Ministerium bereits unter Präsident Menem in der ersten Hälfte der 90er Jahre geleitet hatte. Cavallo traf unmittelbar nach seinem Amtsantritt eine Reihe von unilateralen und nicht mit den Mercosur-Partnern abgestimmten Entscheidungen, die sich negativ auf deren Zugangsmöglichkeiten zum argentinischen Binnenmarkt auswirkten.

Auch verbal warnte der mit seinen Worten nicht eben zimperliche Cavallo wiederholt davor, der Mercosur dürfe sich nicht in eine Zwangsjacke verwandeln, die die einzelnen Länder daran hindere, die für ihre Entwicklung notwendigen handelspolitischen Maßnahmen zu treffen. Im Zentrum seiner Kritik stand wiederholt der gemeinsame Außenzoll des Mercosur. So wie das Bündnis gegenwärtig funktioniere, helfe es der argentinischen Wirtschaft nicht. Man brauche eine Freihandelszone, aber keine Zollunion. Bis 1994 habe der Mercosur gut funktioniert, aber dann habe man in Ouro Preto den Fehler begangen, sich auf

die Errichtung einer Zollunion einzulassen. Argentinien verfüge jedoch über eine ganz andere Industriestruktur als Brasilien, deshalb sei eine einheitliche Zollstruktur nicht hilfreich. Vorbild für Argentinien müsse vielmehr der chilenische Weg sein, möglichst viele bilaterale Freihandelsabkommen auszuhandeln (*La Nación Online*, 6.5.2001). Derartige Ansichten äußerte Cavallo zwar nicht als Wirtschaftsminister, sondern explizit als Intellektueller, beispielsweise im Gespräch mit Harvard-Studenten oder in seinem neuesten Buch, aber selbstverständlich stießen auch die „privaten" Ansichten des „Superministers" Cavallo auf ein breites Echo.

Auch in offiziellen Äußerungen verstand es Cavallo wiederholt, vor allem den großen Nachbarn Brasilien zu erzürnen. Auf einem Mercosur-Treffen in Buenos Aires im Mai 2001 sprach er – ohne Brasilien direkt zu erwähnen – davon, abzuwerten bedeute, den Nachbarn zu berauben (*devaluar es robarle al vecino*). Nur wenige Wochen zuvor hatte er brasilianischen Spekulanten vorgeworfen, für die Instabilität der argentinischen Märkte und Staatstitel verantwortlich zu sein. Derartige Äußerungen Cavallos führten sogar dazu, dass der brasilianische Staatspräsident Cardoso einen für das Frühjahr 2001 vorgesehenen Staatsbesuch in Argentinien verärgert absagte (*La Nación Online*, 27.4.2001). Aufgrund der herausgehobenen Stellung Cavallos innerhalb des Kabinetts von Präsident De la Rúa ist kaum damit zu rechnen, dass unter einem Wirtschaftsminister Cavallo von argentinischer Seite große Anstrengungen im Hinblick auf eine wirksame Vertiefung des Integrationsprozesses im Rahmen des Mercosur unternommen werden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Präsident und Außenminister offiziell eine andere Position vertreten und Außenminister Rodríguez Giavarini vor dem Quebec-Gipfel betonte, Argentinien sei in einer völlig anderen Situation als Mexiko, denn es verfüge nicht über eine gemeinsame Grenze mit den USA. Direkte Nachbarn und wichtigste Partner Argentiniens seien Brasilien, Chile, Uruguay und Paraguay (*Clarín*, 6.2.2001).

Die Position Argentiniens gegenüber der ALCA muss im Zusammenhang mit der Krise des Mercosur und mit der Wahrnehmung dieser Krise sowie der Rolle Brasiliens durch die argentinische Politik gesehen werden. Eine gemeinsame Haltung Argentiniens und Brasiliens gegenüber dem ALCA-Prozess wird grundsätzlich dadurch erschwert, dass die Asymmetrien zwischen beiden Ländern in den vergangenen Jahren weiter zugenommen haben. Insbesondere die Industrie und die sie repräsentierenden Interessengruppen verfügen in der brasilianischen Wirtschaft und Politik über ein weitaus größeres Gewicht als die entsprechenden Sektoren in dem inzwischen stark deindustrialisierten Argentinien. Ähnliche Interessen verfolgen beide Länder im Bereich der agroindustriellen Produktion, wo die gegenwärtigen Zölle, Quoten und Anti-Dumping-Bestimmungen den Export in die USA erheblich erschweren. In diesem Bereich gibt es ein gemeinsames Interesse Argentiniens und Brasiliens an einer Senkung der US-Subventionen und einem Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse. Auch die Positionen der beiden Länder hinsichtlich der von der US-Regierung und

vielen nordamerikanischen NGOs geforderten Berücksichtigung von arbeitsrechtlichen und Umweltstandards im Rahmen eines möglichen Freihandelsabkommens sind ähnlich (ablehnend). Divergierende Interessen bestehen bei Dienstleistungen und beim öffentlichen Beschaffungswesen. In beiden Bereichen ist Argentinien eher zu einer Öffnung bereit als Brasilien.

Im Hinblick auf das Procedere der ALCA-Verhandlungen besteht in zweierlei Hinsicht Einigkeit zwischen Argentinien und Brasilien: Beide Länder lehnen eine simple Ausdehnung der NAFTA nach Süden ab, und beide Regierungen treten dafür ein, dass für die Verhandlungen das Prinzip des *single undertaking* zu gelten habe. Mit dieser Position – dass erst dann ein Abkommen unterzeichnet werden kann, wenn in allen Punkten Übereinstimmung erzielt wurde – setzten sie sich bei dem ALCA-Ministertreffen in Belo Horizonte 1997 gegenüber den USA durch, die sich für Verhandlungen nach dem Prinzip des *early harvest* ausgesprochen hatten.

Darüber hinaus besteht aber auch eine Reihe von Meinungsunterschieden hinsichtlich des ALCA-Prozesses. Für argentinische Außenpolitiker waren und sind die Freihandelsangebote aus dem Norden (ALCA, EU-Mercosur) sowie die Vertiefung und Erweiterung des Mercosur komplementäre Prozesse, die es parallel voranzutreiben gelte. Argentinien hatte von Ende 1999 bis April 2001 die Präsidentschaft *pro tempore* der ALCA-Verhandlungen inne und war im Vorfeld des Quebec-Gipfels darum bemüht, die in den vergangenen Jahren erzielten Verhandlungsfortschritte zu unterstreichen. Außenminister Rodríguez Giavarini vertrat Anfang Februar 2001 die Ansicht, man habe alle technischen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die ALCA vor dem ursprünglich geplanten Termin beginnen könne. Die argentinische Regierung sei für ein Vorrücken der Termine, wenn die inhaltliche Qualität der Abkommen nicht darunter leide (*Clarín*, 4.2.2001). Derartige Äußerungen wurden im Vorfeld des Quebec-Gipfels als Zustimmung zu den Plänen der US-Regierung gewertet, den ursprünglich für das Jahr 2005 geplanten Abschluss der Freihandelsverhandlungen auf 2004 oder sogar 2003 vorzuziehen.

Dagegen lehnte die brasilianische Regierung ein Vorziehen des Termins stets ab und konnte sich mit dieser Position auch in Quebec durchsetzen. Politische und ökonomische Gründe sind dafür verantwortlich, dass Brasilien keine Eile mit dem Projekt ALCA hat. In politischer Hinsicht konkurriert eine rasche Einordnung in das von den USA initiierte und von der Regierung George W. Bush zum Kernpunkt ihrer Lateinamerikastrategie erklärte Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone mit der angestrebten Regionalmachtrolle Brasiliens, wie sie zuletzt in der brasilianischen Einladung zu einem Treffen der südamerikanischen Präsidenten in Brasília, Ende August 2000, zum Ausdruck kam (Calcagnotto/Nolte 2000). In ökonomischer Hinsicht steht für Brasilien bei ALCA mehr auf dem Spiel als für alle anderen südamerikanischen Länder, denn es verfügt über die mit Abstand größte, am stärksten industrialisierte und diversifizierte Volkswirtschaft Lateinamerikas. Anders als Länder wie Argentinien, Kolumbien und Venezuela verlief die wirtschaftliche Entwicklung Brasiliens in den vergangenen Jahren trotz Problemen insgesamt erfolgreich und stabil. Ein gesamtamerikanisches Freihandelsabkommen würde von Brasilien einen deutlichen Abbau der nach wie vor hohen Schutzzölle für den Manufaktursektor und die *High-Tech*-Industrie verlangen. Man wehrt sich gegen „überstürzte" Zollsenkungen, durch die diese Industrien in ihrer Existenz gefährdet werden könnten. Umgekehrt fordert Brasilien, das wie kaum ein anderes Land von den US-amerikanischen Agrarsubventionen und den Anti-Dumping-Maßnahmen der USA bei Produkten wie Zucker, Zitrusfrüchten oder Stahl betroffen ist, einen verbesserten Marktzugang für eigene Produkte in den USA. Gleichzeitig ist Brasilien weniger auf einen Zugang zum US-Markt angewiesen als viele andere lateinamerikanische Länder, denn es konnte seinen Außenhandel auch in geographischer Hinsicht stark diversifizieren: jeweils etwa ein Viertel des Außenhandels wurde 1999 mit der Europäischen Union, Südamerika und der NAFTA abgewickelt, ca. 12% entfielen auf Asien.

Die brasilianische Delegation legte in Quebec großen Wert auf die Feststellung, dass man nicht gegen die ALCA sei, aber einer Vertiefung und Erweiterung des Mercosur eindeutig Priorität einräume. Der Mercosur sei das Schicksal seines Landes, ALCA dagegen lediglich eine Option, meinte der brasilianische Staatspräsident Cardoso. Diese Position ist insofern konsequent, als Brasilien den Vertrag von Asunción und die Gründung des Mercosur stets als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Südamerikanischen Freihandelszone (ALCSA) betrachtet hatte. Das US-amerikanische Angebot einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone bewertet man dagegen in seiner bisher absehbaren Ausrichtung nicht nur als einseitig zum Vorteil der USA konzipiert, man sieht sich dadurch auch mit einem Zeitdruck konfrontiert, den man nicht zu akzeptieren bereit ist. Fernando Henrique Cardoso machte daher in Quebec deutlich, dass man die ALCA nur dann als sinnvoll erachte, wenn alle Beteiligten davon profitierten. Nur wenn die USA zu ernsthaften Zugeständnissen bei den Themen Agrarsubventionen, Quoten und nichttarifäre Handelshemmnisse bereit seien, sei ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen möglich.

Innerhalb des Mercosur machte sich die brasilianische Regierung stets dafür stark, dass die vier Mitgliedsländer bei den ALCA-Verhandlungen mit einer Stimme sprechen. Die prozeduralen Voraussetzungen dafür wurden bei dem ALCA-Ministertreffen in Belo Horizonte 1997 geschaffen, als man sich darauf einigte, dass alle beteiligten Länder sowohl einzeln als auch als Gruppe an den Verhandlungen teilnehmen können. Auf dem Mercosur-Gipfeltreffen in Florianópolis im Dezember 2000 stimmten alle vier Länder einer Vorlage zu, die eine einheitliche Verhandlungsposition des Mercosur im Rahmen des ALCA-Prozesses vorschreibt. Darüber hinaus einigte man sich darauf, dass ab Juli 2001 kein Mercosur-Mitglied bilaterale Freihandelsverhandlungen mit einem anderen Land beginnen dürfe. Hintergrund dieser Beschlüsse war die kurz vor dem Gipfeltreffen bekannt gewordene Entscheidung Chiles, sich auf das US-amerika-

nische Angebot zur Aufnahme bilateraler Freihandelsgespräche einzulassen. Das mit dem Mercosur assoziierte Chile zog sich mit diesem überraschenden Schritt nicht nur den Zorn der Mercosur-Mitglieder, vor allem Brasiliens, zu und erteilte einer vollständigen Integration in den Mercosur zunächst eine Absage, es gab damit auch Spekulationen neue Nahrung, dass Argentinien sich für einen ähnlichen Weg entscheiden und damit aus der gemeinsamen Verhandlungsfront des Mercosur ausscheiden könnte. Im argentinischen Außenministerium bemühte man sich zwar darum, entsprechenden brasilianischen Befürchtungen entgegen zu treten, aber die Gerüchteküche brodelte immer wieder hoch. Die damalige US-Handelsbeauftragte Charlene Barshefsky hatte im Dezember 2000 nicht ausgeschlossen, dass die USA mit Argentinien ein ähnliches bilaterales Freihandelsabkommen wie mit Chile aushandeln könnten (*Clarín*, 13.12.2000). Die argentinische Regierung äußerte sich dazu ablehnend und betonte, man werde nur als Mercosur-Mitglied verhandeln. Diese Position vertrat Außenminister Rodríguez Giavarini auch bei einem Treffen mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Powell Anfang Februar 2001. Nach dem Quebec-Gipfel war dann jedoch erneut von einem Angebot der US-Regierung zur Aufnahme bilateraler Freihandelsgespräche an die Adresse Argentiniens die Rede. Erneut sprach sich die argentinische Regierung gegen ein derartiges Angebot aus, wobei der neue Wirtschaftsminister Cavallo durchblicken ließ, dass er bilaterale Verhandlungen für den richtigen Weg halte. Nach der von den argentinischen Medien groß aufgemachten und als eine Entscheidung im Sinne der nationalen Souveränität dargestellten Absage an die Adresse Washingtons folgte von dort das Dementi auf dem Fuß: Die US-Regierung ließ verlauten, dass es nie ein entsprechendes Angebot gegeben habe. Die Regierung George W. Bush habe keinem lateinamerikanischen Land ein bilaterales Freihandelsabkommen vorgeschlagen. Zwar werde mit Chile über einen derartigen Vertrag verhandelt, aber der Vorschlag dazu stamme noch von der Regierung Clinton (*La Nación Online*, 9.5.2001 und 10.5.2001). Das Spiel der USA mit Angeboten, Rückziehern und Dementis dürfte letztendlich Teil einer Strategie sein, bei der es insbesondere darum geht, das ALCA-kritische Brasilien unter Druck zu setzen und eine einheitliche Verhandlungsfront des Mercosur so weit wie möglich aufzuweichen. Möglich werden derartige Manöver jedoch nicht zuletzt deshalb immer wieder, weil die argentinische Haltung gegenüber ALCA und Mercosur alles andere als eindeutig ist.

Eine weitere Verhandlungsvariante, die zu einer Ergänzung, aber auch zu einer Konkurrenz für den ALCA-Prozess werden könnte, gewann ab Mai 2001 an Bedeutung. Dabei geht es um nach der Formel „vier plus eins" organisierte direkte Freihandelsgespräche zwischen dem Mercosur und den USA, ohne Beteiligung anderer NAFTA-Mitglieder oder anderer lateinamerikanischer Länder. Die Vertreter der vier Mercosur-Länder einigten sich anlässlich des 20. Treffens der Mercosur-Staatschefs in Paraguay im Juni 2001 darauf, eine derartige Variante ernsthaft zu verfolgen und bei entsprechenden Verhandlungen mit einem gemeinsamen Unterhändler aufzutreten. Eine derartige Vorgehensweise könnte

für alle Beteiligten ein akzeptabler Weg sein, allerdings lassen sich Argentinien und Brasilien auch dabei von unterschiedlichen Vorstellungen hinsichtlich des Zeithorizonts solcher Gespräche leiten. Während Argentinien sie so schnell wie möglich anstrebt, da es sie als möglichen Ausweg aus der gegenwärtigen nationalen und subregionalen Krise betrachtet, sieht Brasilien darin eher eine mittel- bis langfristige strategische Option. Zudem ist gegenwärtig nicht klar, ob die USA dazu bereit sind, sich auf eine derartige Verhandlungsvariante einzulassen (*La Nación Online*, 25.5.2001 und 22.6.2001).

4. Perspektiven

Zum Zeitpunkt der Abfassung des vorliegenden Beitrags (Juli 2001) ist es alles andere als einfach, Szenarien hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung Argentiniens zu entwerfen. Die wirtschaftliche, soziale und politische Krise des Landes hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten derart zugespitzt, dass kaum jemand zu prognostizieren wagt, welche Überraschungen am kommenden Tag drohen, ganz zu schweigen von Aussagen über die mittel- bis langfristige Entwicklungsperspektiven. Die argentinische Wirtschaft befindet sich seit drei Jahren in einer tiefgreifenden Rezession, die Arbeitslosenquote stieg im Frühjahr 2001 nach einer vorübergehenden Erholung wieder auf über 16%, in- und ausländische Anleger haben das Vertrauen in die Politik der Regierung De la Rúa weitgehend verloren. Auch dem als „Retter" im März 2001 ins Kabinett geholten und mit weitreichenden Sondervollmachten ausgestatteten Wirtschaftsminister Domingo Cavallo gelang es im ersten Vierteljahr seiner Amtszeit nicht, die Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. Cavallo initiierte eine Flexibilisierung der seit 1991 geltenden Peso-Dollar-Konvertibilität und führte einen gesplitteten Wechselkurs ein, der die argentinische Exportwirtschaft konkurrenzfähiger machen und den Import von Konsumgütern verteuern sollte. Hintergrund dieser Entscheidung war nicht zuletzt die Tatsache, dass der brasilianische Real allein im ersten Halbjahr 2001 fast ein Viertel seines Wertes eingebüßt hatte und auch die Landeswährungen der Mercosur-Partner Paraguay und Uruguay wiederholt abgewertet worden waren.

Trotz eines durch den IWF geschnürten finanziellen Hilfspaketes in Höhe von fast US$ 40 Mrd. und wiederholter Umschuldungsaktionen bewegte sich das stark überschuldete Argentinien seit Anfang des Jahres 2001 ständig am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Krise im Juli 2001, als sich die Regierung De la Rúa zum siebten Mal seit ihrem Amtsantritt dazu veranlasst sah, ein wirtschaftspolitisches Maßnahmenbündel anzukündigen. Im Rahmen einer Strategie des „Nulldefizits" werde der Staat in Zukunft nur noch so viel ausgeben, wie er einzunehmen vermag, wozu unter anderem eine Kürzung aller vom Staat zu zahlenden Gehälter und Renten um zunächst 13% monatlich als notwendig erachtet wurde. Trotz dieser drastischen Sparmaßnahmen sanken die Aktienkurse an der Börse von Buenos Aires zunächst

weiter, und das Länderrisiko – ein wichtiger Gradmesser für das Vertrauen bzw. Misstrauen der internationalen Finanzwelt in ein Land – stieg auf mehr als 1.600 Punkte, womit Argentinien hinter Nigeria als weltweit risikoreichstes Anlageziel eingestuft wurde.

Die Probleme der Regierung De la Rúa sind jedoch nicht nur ökonomischer und sozialer, sondern nicht zuletzt auch politischer Natur. Es handelt sich um die erste Koalitionsregierung überhaupt in der argentinischen Geschichte. Sie verfügte von Anfang an nur über eine knappe Mehrheit im Abgeordnetenhaus und sah sich mit einer oppositionellen Mehrheit im Senat sowie mit von der Opposition gestellten Gouverneuren in den meisten Provinzen konfrontiert. Zudem stellte sich sehr schnell heraus, dass der interne Zusammenhalt des Regierungsbündnisses äußerst schwach und kaum belastbar war. Zu allem Übel erwies sich Fernando De la Rúa als entscheidungsunwilliger, misstrauischer und schwacher Präsident, der nicht einmal auf die Unterstützung seiner eigenen Partei zählen konnte. Der Kolumnist der Tageszeitung „La Nación", Joaquín Morales Sola, beschrieb den Präsidenten in einem mit „Der unsichtbare Präsident" betitelten Gastbeitrag für die spanische Tageszeitung *El País* unter anderem mit den Worten, De la Rúa kultiviere einen unbestimmten Sprachstil, der gespickt sei mit Phrasen. Man wisse bei ihm nie, ob er wirklich das sage, was er denke, ob es sich lediglich um die halbe Wahrheit handle, oder ob man bewusst in die Irre geführt werden solle (*El País*, 15.7.2001).

Diese Ambivalenz des präsidialen Stils hat sich auch auf die Außenwirtschaftspolitik übertragen und mit dafür gesorgt, dass es schwer ist, Aussagen über die zukünftige Haltung Argentiniens gegenüber Mercosur und ALCA zu treffen. Grundsätzlich will man sich beide Optionen offen halten. Einerseits spricht man von der Notwendigkeit, den Mercosur zu stärken, gleichzeitig ist man einer Beschleunigung des ALCA-Prozesses nicht abgeneigt. Man bemüht sich, ein Gleichgewicht zu halten zwischen der Allianz Pro-Mercosur mit Brasilien und einer Allianz Pro-ALCA mit den USA. Dies wurde auch beim ersten Besuch des neu ernannten brasilianischen Außenministers Celso Lafer in Buenos Aires Anfang Februar 2001 deutlich, als man alles tat, um Einigkeit zu demonstrieren und Konflikte herunterzuspielen. Je mehr es jedoch im Zuge des ALCA-Prozesses zu Konflikten zwischen Brasilien und den USA kommt, desto mehr wird auch Argentinien eine eindeutigere Position beziehen müssen. Gegenwärtig erklärt die Regierung in offiziellen Stellungnahmen ihre Verbundenheit gegenüber dem Mercosur und lässt gleichzeitig zu, dass die Handlungen und Aussagen von Wirtschaftsminister Cavallo immer wieder zu Unsicherheit und Verärgerung bei den Mercosur-Partnern führen. Auf die Dauer kann eine derartige Position dazu führen, dass sich Argentinien zwischen alle Stühle manövriert.

Die argentinische Haltung gegenüber Mercosur und ALCA ist auch durch die allgemeinere Diskussion darüber geprägt, wie der wachsende politische und wirtschaftliche Einfluss Brasiliens in Südamerika grundsätzlich zu beurteilen ist

und wie man darauf reagieren sollte. Eine Sichtweise betrachtet den Machtzuwachs Brasiliens in der Region als ein Positivsummenspiel, von dem auch Argentinien profitiere. Verfechter einer derartigen Position weisen darauf hin, dass das bilaterale Verhältnis zwischen Argentinien und Brasilien durch die Ernennung Celso Lafers zum brasilianischen Außenminister im Frühjahr 2001 einen positiven Schub erhalten habe. Lafer gilt als argentinienfreundlich, schon 1973 veröffentliche er zusammen mit dem argentinischen Sozialwissenschaftler Felix Peña das Buch *Argentina y Brasil en el sistema de las relaciones internacionales*, in dem beide die Notwendigkeit einer Integration zwischen beiden Ländern betonten. Lafer, so der argentinische Politologe Torcuato di Tella, sei nicht nur einer der angesehensten Intellektuellen Brasiliens, sondern auch ein hervorragendes Mitglied jener politischen Elite Brasiliens, die man in Argentinien aus gutem Grund nicht ohne Neid betrachte. Die brasilianischen Interessen seien mit denen Argentiniens durchaus kompatibel, denn Brasilien könne im internationalen Kontext nicht allein agieren. Es brauche Partner, und um diese bei der Stange zu halten, müsse es zu Konzessionen bereit sein. Da Brasilien in Südamerika einen „geopolitischen Raum" schaffen wolle, müsse und werde es weitreichende Zugeständnisse machen, um die Zustimmung seiner Nachbarn zu erhalten (*Clarín*, 4.2.2001).

Es gibt aber auch Stimmen, die vor einer wachsenden Abhängigkeit Argentiniens von Brasilien warnen und sich dafür aussprechen, den Schulterschluss mit den USA fortzusetzen und die ALCA-Verhandlungen oder gar ein bilaterales Freihandelsabkommen mit den USA zügig voranzutreiben. Prominentester, aber nicht einziger Befürworter einer derartigen Position ist der amtierende Wirtschaftsminister Cavallo. Demgegenüber vertrat der ehemalige SELA-Generalsekretär Carlos Moneta vor kurzem die Ansicht, dass alle internationalen Optionen Argentiniens von der Mitgliedschaft im Mercosur abhängen. Es nutze Argentinien kaum etwas, die „Hände frei zu haben" für die Aushandlung von Freihandelsabkommen, denn wenn es nur für sich allein spreche, fehle ihm auf der internationalen Bühne das notwendige Gewicht. Moneta warnte davor, den Mercosur vorzeitig abzuschreiben und auf „magische Lösungen" zu hoffen (www.mercosur.com, 6.6.2001).

„Chile hat uns eine Lektion erteilt", schrieb der argentinische Ökonom Roberto Bouzas nach der Ankündigung von Freihandelsverhandlungen zwischen den USA und Chile im Dezember 2000. Bouzas bezog sich dabei nicht auf die Frage, in welche Richtung sein eigenes Land marschieren solle, sondern darauf, wie dies geschehen müsse. Er plädierte für eine konsistente Politik, die auf einer realistischen Einschätzung der eigenen Möglichkeiten und Grenzen basiere. Innerhalb des Mercosur müsse man sich nicht nur endlich darüber einigen, in welche Richtung sich der Prozess mittel- bis langfristig bewegen solle, es müsse auch eine Kraft geben, die dabei eine Führungsrolle übernehme. Brasilien falle aufgrund seiner Größe eine besondere Verantwortung zu. Allerdings müsse Argentinien auch wesentlich stärker als in der Vergangenheit dazu bereit sein, eine

Führungsrolle Brasiliens zu akzeptieren (*Clarín*, 21.12.2000). Die Bereitschaft dazu scheint zumindest gegenwärtig in Argentinien nicht besonders weit verbreitet zu sein.

Literaturverzeichnis

Balze, Felipe A.M. de la (Hrsg.), 1995: Argentina y Brasil. Enfrentando el siglo XXI, Buenos Aires.

Barrios, Harald, 1999: Die Außenpolitik junger Demokratien in Südamerika. Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay, Opladen.

Bernal Meza, Raúl, 1999: Las actuales percepciones argentinas sobre la política exterior del Brasil y de sus relaciones con Estados Unidos, in: Ciclos IX/IX/18: 143-170.

--- 2000: Sistema mundial y Mercosur. Globalización, regionalismo y políticas exteriores comparadas, Buenos Aires.

Bekerman, Marta / Sirlin, Pablo, 1999: Argentina y Brasil: ¿hacia una mayor complementación productiva?, in: Ciclos IX/IX/18: 171-186.

Bodemer, Klaus, 1996: Peripherer Realismus? Die Außenpolitik der Regierung Menem gegenüber Europa und den USA zwischen Kontinuität und Wandel, in: Nolte, Detlef/ Werz, Nikolaus (Hrsg.), Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen, Frankfurt/M., 273-296.

--- 2001: Auf dem Weg zur Normalität. Die Außenpolitik der Regierung Menem zwischen pragmatischem Bilateralismus, neuen Integrationsimperativen und sicherheitspolitischen Arrangements, in: Birle, Peter/Carreras, Sandra, Argentinien in der Ära Menem. Zwischen Wandel und Kontinuität, Frankfurt/M. (im Druck).

Calcagnotto, Gilberto / Nolte, Detlef, 2000: Das Treffen der südamerikanischen Präsidenten in Brasília: Markstein der Integration oder Show-Veranstaltung einer aufkommenden Regionalmacht?, in: Brennpunkt Lateinamerika 17-00, Hamburg.

Centro de Economía Internacional (CEI), 1999: Comercio Argentina–Brasil. Enfrentando la crisis, Buenos Aires.

Escudé, Carlos, 1995: El realismo de los estados débiles: la política del primer Gobierno Menem frente a la teoría de las relaciones internacionales, Buenos Aires.

Gomes Saraiva, Miriam / Almeida, Fernando Roberto de Freitas, 1999: A integração Brasil-Argentina no final dos anos 90, in: Revista Brasileira de Política Internacional 42/2: 18-39.

Hirst, Monica, 1999: La compleja agenda política del Mercosur, in: Roett, Riordan (Hrsg.), Mercosur: Integración regional y mercados mundiales, Buenos Aires, 57-74.

Lafer, Celso, 1997: Relações Brasil-Argentina: Alcance e significado de uma parceria estratégica, in: Contexto Internacional (Rio de Janeiro) 19/2: 249-265.

Massot, Vicente Gonzalo, 1995: Del equilibrio de enemistades a la cooperación bilateral, in: Balze, Felipe A.M. de la (Hrsg.), Argentina y Brasil. Enfrentando el siglo XXI, Buenos Aires, 217-240.

Nolte, Detlef, 2001: Bye-bye Brazil, hello Uncle Sam? Südamerika zwischen MERCOSUR und ALCA, in: Brennpunkt Lateinamerika. Kurzinfo VIII, Hamburg.

Roett, Riordan (Hrsg.), 1999: Mercosur: Integración regional y mercados mundiales, Buenos Aires.

Serra, José, 1998: ALCA, Mercosul e abertura externa brasileira, in: Política Externa 7/1: 15-30.